



Liebe Leserinnen und Leser,

auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde in dieser Sitzungswoche im Bundestag der Untersuchungsausschuss zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 eingesetzt.

Der 1. Untersuchungsausschuss dieser Legislaturperiode hat den Auftrag, das Behördenversagen rund um dieses schreckliche Ereignis zu untersuchen. Es wird unter anderem um die Frage gehen, welche Versäumnisse es von

den Sicherheitsbehörden bei der Überwachung des späteren Attentäters Anis Amri gegeben hat.

Darüber hinaus haben wir über den Internationalen Weltfrauentag am 8. März debattiert. Die Unionsfraktion verfolgt weiter das Ziel, die Rechte von Frauen in Deutschland und weltweit zu schützen, zu stärken und auszubauen.

Im Weiteren wurde über das Verhalten Russlands in der Si-

cherheitspolitik gesprochen. Die CDU/CSU-Fraktion forderte, dass der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) über den Abbau von Mittelstreckenraketen als Grundpfeiler der atomaren Sicherheitsarchitektur und Kernelement der europäischen Sicherheit erhalten werden muss.

Herzliche Grüße

Ihr

Diese Woche:

Internationaler Frauentag

2

Keine generellen Fahrverbote

3

Abrüstungsverträge kontrollfähig erhalten

4



Frauen

Internationaler Frauentag

Der Deutsche Bundestag debattierte am Donnerstag anlässlich des Internationalen Weltfrauentags am 8. März über die Rechte von Frauen. Silke Launert stellt in ihrem Kommentar klar: "Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss Realität werden."

200 Mio., 130 Mio., 80.000 - diese drei Zahlen offenbaren, dass Frauen weltweit nach wie vor Diskriminierung, Gewalt und Fremdbestimmung ausgesetzt sind. 200 Mio.



Mädchen weltweit sind laut des Kinderhilfswerks UNICEF von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen. 130 Mio. Mädchen können laut Angaben der Entwicklungsorganisation ONE keine Schule besuchen. 80.000 Mal - genau genommen 81.756 Mal - wurde im Jahr 2016 das bundesweite Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ kontaktiert.

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind mehr als ein Drittel der Frauen weltweit bereits Opfer von Gewalt geworden. Wir als Gesellschaft müssen der Gewalt gegen Frauen ganz klar und unmissverständlich die Rote Karte zeigen. In der kommenden Legislaturperiode werden wir unter anderem eine Öffentlichkeitskampagne zur Ächtung von Gewalt starten sowie den Ausbau und die Ausstattung der Frauenhäuser vorantreiben. Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss Realität werden.“

Aufklärung

„Amri Untersuchungsausschuss“ nimmt Arbeit auf

Vor gut einem Jahr raste der Terrorist Anis Amri mit einem gestohlenen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz und tötete zwölf Menschen. Rund 70 wurden verletzt. Am Donnerstag setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, um die Vorgänge lückenlos aufzuklären und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

„Wir werden die Arbeit des Untersuchungsausschusses sehr intensiv und gewissenhaft seriös vorantreiben“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan

Mayer (CSU). Die CDU/CSU-Fraktion habe sich von Anfang an offen für einen Untersuchungsausschuss gezeigt und seine Einsetzung in der neuen Wahlperiode vorangetrieben. „Vielleicht steckt aber auch eine gewisse Chance darin, dass wir erst jetzt auf Bundesebene diesen Untersuchungsausschuss einrichten; denn im Lichte der schon vorhandenen Erkenntnisse und Informationen können wir eine Gesamtschau vornehmen“, so der CSU-Politiker.

Der Ausschuss soll der Frage nachgehen, warum im Fall Amri das Zusammenwirken von Ausländerbehörden, Polizei und Nachrichtendiensten nicht

funktionierte. Neben der lückenlosen Aufklärung der Tatumstände geht es auch darum, über die bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu beraten. Es muss sich intensiv mit den Schnittstellen zwischen Behörden in Bund und Ländern befasst werden, ebenso wie mit der Kooperation der Sicherheitsbehörden auf internationaler Ebene. Zudem werde der Opferschutz und die Verbesserung der Opferschädigung eine wichtige Rolle spielen. Aufgabe sei, in der Zukunft Anschläge wie den auf dem Breitscheidplatz möglichst zu verhindern.



Verkehr

Keine generellen Fahrverbote

Das Bundesverwaltungsgericht hat am Dienstag sein Urteil zu Fahrverboten für Dieselfahrzeuge verkündet.

„Unsere bisherige Haltung, dass wir generelle Fahrverbote ablehnen, bleibt auch weiterhin so bestehen“, erklärte der Vorsitzende der

CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, in Reaktion auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu innerstädtischen Fahrverboten. „Das Gericht hat bestätigt, dass Kommunen auch heute schon Handlungsmöglichkeiten haben, verkehrslenkende Maßnahmen zu ergreifen.“

Busse, Taxen und kommunale Fahrzeuge als erstes umrüsten

Dazu gehöre auch, dass Fahrzeuge, die hauptsächlich in den Städten unterwegs seien, wie ÖPNV-Busse, Taxen oder kommunale Fahrzeugflotten, als allererstes emissionsarm gemacht werden müssten. Ein generelles Fahrverbot sei nicht notwendig. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Lange (CSU), ergänzte: „Kommunen können demnach selbst entscheiden, ob sie an bestimmten

Stellen eingreifen.“ Eine Regelung des Bundes sei dafür nicht notwendig, also auch keine blaue Plakette. Das

1 Mrd. Euro für "Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020"



Die verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Daniela Ludwig, wies darauf hin, dass mit dem "Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020" bereits ein Maßnahmenbündel im Umfang von 1 Milliarde Euro geschnürt worden sei, um die europäischen Grenzwerte einhalten zu können - ohne Diesel-Fahrverbote. Darunter 393 Millionen Euro für Maßnahmen zur Elektrifizierung des Verkehrs, 107 Millionen Euro für die Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV und 500 Millionen Euro für Maßnahmen zur Digitalisierung kommunaler

Verkehrssysteme. „Wir müssen die Kommunen jetzt gezielt und individuell unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort unterstützen, um die Luftreinhaltung zu gewährleisten. Auch müssen wir die laut Urteil möglichen Ausnahmeregelung für Handwerker intensiv nutzen, um Schaden von unserem Mittelstand abzuwenden,“ so Ludwig. Der Koalitionsvertrag sieht zudem viele weitere Maßnahmen vor, die die neue Regierung umsetzen soll.

"Aufhören, die Menschen zu verunsichern"

Ulrich Lange betonte, auch die Hersteller von Dieselfahrzeugen in die Verantwortung zu nehmen: „Wir befürworten technische Nachrüstungen, wenn sie verhältnismäßig und wirksam sind. Die Dieselfahrer dürfen nicht die Leidtragenden in dieser Sache sein.“ Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein (CSU) ergänzte: "Wer sie jetzt mit einem pauschalen Fahrverbot belegen will, redet einer faktischen Enteignung und einem tiefen Eingriff in die individuelle Lebensführung vieler Millionen Bürger das Wort.“ Und: "Wir müssen aufhören, die

*Sicherheit*

Abrüstungsverträge kontrollfähig erhalten

Am Freitag debattierten die Abgeordneten auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion über den 1987 unterzeichneten Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen. Der sicherheitspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Florian Hahn, erklärt, warum.

1) Herr Hahn, was steht im Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) und warum ist er für die europäische Sicherheitspolitik so entscheidend?

Den INF-Vertrag haben 1987 die USA und die damalige UdSSR geschlossen. Er verpflichtet zur dauerhaften Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen. Mit dem INF-Vertrag konnten echte Fortschritte bei der atomaren Abrüstung erreicht werden. Durch den Vertrag wurde die Zahl atomarer Trägersysteme tatsächlich reduziert. Außerdem sorgte er mit dafür, dass genügend gegenseitiges Vertrauen entstand, um auch Tausende atomarer Kurzstreckenwaffen aus Europa abzuziehen.

2) Warum diskutieren wir überhaupt über den Vertrag?

Grund für unseren Antrag ist die Befürchtung, dass Russland Mittelstreckenraketen getestet und landgestützte, mobile nuklearfähiger Marschflugkör-

per stationiert hat. Das wäre ein Vertragsverstoß. Ohne funktionierenden INF-Vertrag wäre die NATO gezwungen, über parallele Maßnahmen nachzudenken – das kann niemand wollen! Wir fordern in unserem Antrag daher unter anderem, der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens entgegenzuwirken. Die Bundesregierung soll sich auf



höchster politischer Ebene für die Bewahrung des INF-Vertragsregimes einsetzen. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart.

Statt utopische Projekte wie den Atomwaffenverbotsvertrag in den Vordergrund zu stellen, sollten wir lieber alles daransetzen, erst einmal die derzeit bestehenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge funktionsfähig zu erhalten. Mögliche russische Vertragsbrüche müssen schnell im Rahmen der vorgesehenen Gremien geklärt werden. Das schafft Vertrauen und ermöglicht

in der Zukunft auch wieder ambitioniertere Abrüstungsinitiativen. Gerade angesichts der jüngsten Waffenpräsentationen Präsident Putins erscheint das dringend erforderlich.

3) Müssen wir Europäer unsere Rolle in der Sicherheitspolitik überdenken?

In der Tat zwingt die neue Weltlage uns Europäer zum Handeln: Wir müssen mehr in unsere gemeinsame Sicherheit investieren, strategisch autonom werden und den Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion weitergehen. Die jetzt in der EU vereinbarte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – oder PESCO – war überfällig. Mit der europäischen Verteidigung ergänzen und stärken wir die NATO.

Bislang geben wir Europäer das Geld ineffizient aus: Obwohl unsere gemeinsamen Budgets ungefähr die Hälfte des US-Verteidigungshaushaltes ausmachen, bekommen wir nach verschiedenen Schätzungen nur rund ein Viertel dessen, was die US-Streitkräfte erhalten. Durch engere Kooperation bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern können wir mehr und besseres Material für unser Geld bekommen, reibungsloser zusammenarbeiten und unsere Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähig halten